

► Allgemeines

Informierter Spenden – Mehr Wirkung erzielen. Die öffentlichen Kassen sind leer, der Bedarf an gemeinnützigen Dienstleistungen steigt. Deshalb werden Spenden zukünftig für gemeinnützige Organisationen weiter an Bedeutung gewinnen. Für Geldgebende stellt sich der Spendensektor jedoch sehr unübersichtlich dar. Und mit einer Ausweitung des finanziellen Engagements von Spendenden ist nur dann zu rechnen, wenn die Erwartungen erfüllt werden, die sie mit ihrer Förderentscheidung verknüpft haben. Vor diesem Hintergrund veröffentlichten die Bertelsmann Stiftung, das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen und die panthei Stiftungsberatung gemeinsam die Broschüre „Gutes tun – Besser spenden. Ein Leitfaden für Ihr Engagement“. Mit dieser Publikation werden Spenderinnen und Spender unterstützt, mehr aus ihrem Engagement zu machen, indem sie den für sie richtigen Zweck und die passende Organisation auswählen. Und sie erfahren, wie sie die Wirkung eines jeden eingesetzten Euros erhöhen können, warum es wichtig ist, Spenden zu bündeln und sich langfristig zu engagieren. Die Broschüre räumt auch mit Mythen auf, dass zum Beispiel nur gemeinnützige Organisationen mit minimalen Verwaltungskosten förderungswürdig seien. Sie stellt Zusammenhänge dar und gibt Hinweise, wie die Qualität einer gemeinnützigen Organisation zuverlässiger beurteilt werden kann. Die Broschüre kann telefonisch bestellt werden bei der Bertelsmann Stiftung, Tel. 054 21/ 818 14 31, E-Mail: ina.epkenhans@bertelsmann.de

Aktionsprogramm Mehrgenerationenhaus. Seit dem 1. Januar 2008 unterstützt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 200 der 500 Mehrgenerationenhäuser aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF). Diese 200 Häuser konzentrieren sich auf den Aufbau beschäftigungsfördernder Strukturen. Sie verstehen sich als Informations- und Dienstleistungsdrehscheibe und zielen entsprechend auf die Etablierung eines Marktes für familienunterstützende und generationsübergreifende Dienstleistungen. Zudem dienen sie der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, fördern den Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt und sorgen für eine Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten vor Ort. Das Programm läuft bis zum 31. Dezember 2012. Weitere Informationen: Serviceagentur Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser, Tel.: 030/263 95 78-51, E-Mail: petra.dinkelacker@mehrgenerationenhaeuser.de

Berliner Forum Gewaltprävention. Schreibwettbewerb der Landeskommission Berlin gegen Gewalt. Hrsg. Landeskommission Berlin gegen Gewalt. Selbstverlag. Berlin 2007, 92 S., kostenlos *DZI-D-8239*
Im Rahmen ihres Engagements zum Thema „Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus“ initiierte die Landeskommission Berlin gegen Gewalt einen Wettbewerb für Berliner Schülerinnen und Schüler.

Diese sollten angeregt werden, sich mit dem Thema „Fremdsein, Anderssein, Toleranz“ in einem künstlerischen Prozess auseinanderzusetzen. Ziel war es, die Kreativität und Begabung der jungen Menschen zu unterstützen und rechts-extremistischen Einstellungen entgegenzuwirken. Neben Überlegungen zu dem Projekt enthält der Band alle mit einem Preis prämierten Beiträge und die jeweiligen Laudationes. Bestelladresse: Landeskommission Berlin gegen Gewalt, c/o Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Klosterstraße 47, 10179 Berlin-Mitte, Tel.: 030-90 27-29 13, Fax: 030-90 27-29 21, E-Mail: Manuela.Bohlemann@Seninnsport.Berlin.de

Kongressvorkündigung: Sozialwirtschaft – mehr als Wirtschaft? Das ist die zentrale Fragestellung des sechsten Kongresses der Sozialwirtschaft, der am 14. und 15. Mai 2009 in Magdeburg stattfindet. Der Kongress, der zweijährig von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. in Zusammenarbeit mit der Bank für Sozialwirtschaft und dem NOMOS-Verlag durchgeführt wird, untersucht vor allem die Unterschiede zwischen Wirtschaft und Sozialwirtschaft: Gibt es überhaupt ein „Mehr“ an Sozialwirtschaft? Sind die Unterschiede zur Wirtschaft in den vergangenen Jahren verloren gegangen oder gibt es sie immer noch? Haben der Wettbewerb, die Globalisierung, die Zwänge von Wirtschaftlichkeit, der Kostendruck oder gar Managementfehler alle Unterschiede verschwinden lassen? Das Programm wird Anfang September 2008 unter www.kongress-der-sozialwirtschaft.de zu finden sein. *Quelle: Info 7/08 der Bank für Sozialwirtschaft*

► Soziales

Erwerbsminderungsrenten in Bayern. Rund 22 300 neue Erwerbsminderungsrenten hat die gesetzliche Rentenversicherung in Bayern im Jahr 2007 genehmigt. Davon entfallen allein 7 644 Renten auf psychische Erkrankungen und deren Folgen. Die Rentenbeziehenden waren im Durchschnitt erst rund 47 Jahre alt und erhielten ihre Rente damit deutlich vor dem 65. Lebensjahr. Eine große Rolle spielen für diesen Personenkreis Belastung und Stress am Arbeitsplatz, aber auch, dass das Privatleben in vielen Fällen keinen Ausgleich mehr zulässt. Auffällig bei den Neurennten war der hohe Anteil von Frauen mit psychischen Erkrankungen, was auf die immer noch vorhandene Doppelbelastung mit Beruf und Familie zurückzuführen ist. *Quelle: Mediendienst der Deutschen Rentenversicherung, Arbeitsgemeinschaft Bayern vom 31. Juli 2008*

Armut hat viele Gesichter. Herausforderungen für Kirche und Gesellschaft. Hrsg. Diakonisches Werk in Kurhessen-Waldeck e.V. Selbstverlag. Kassel 2008, 31 S., kostenlos *DZI-D-8293*

Diese Broschüre leistet einen Beitrag zur Armutsbewältigung, indem sie die Situation von Menschen in Armut beschreibt, über ihre Lebenslagen informiert und mögliche Hilfen aufzeigt. Zunächst wird anhand statistischer Daten die ungleiche Einkommensverteilung in Deutschland dargestellt. Besonders stark betroffen seien Kinder und Jugendliche, deren Bildungschancen nicht selten durch die soziale Herkunft beeinträchtigt würden. Ein erhöhtes Armutsrisiko gelte insbesondere auch für alleinerziehende Frauen, Flüchtlinge und ältere Menschen. Die Broschüre verweist zudem auf die Probleme überschuldeter Familien

und wohnungsloser Menschen und schließt mit einer Reihe von Vorschlägen, was Politik und Kirchengemeinden unternehmen können, um die Missstände zu beheben. Bestelladresse: Diakonisches Werk in Kurhessen-Waldeck e.V., Postfach 10 10 07, 34010 Kassel, Tel.: 05 61/ 10 95-303, Fax: 05 61/10 95-295, E-Mail: info@dwkw.de

Essen für Bedürftige. Rund 800 000 Menschen werden in Deutschland von den sozialen Hilfsdiensten „Tafeln“ mit Lebensmitteln versorgt. Trotz eines Rückgangs der Arbeitslosigkeit steigt die Zahl dieser Menschen weiter an. Die Tafeln füllen eine größer werdende sozialpolitische Lücke, denn immer mehr Arbeitslosengeld Beziehende, Alleinerziehende, Rentenbeziehende und Menschen, die von ihrem Arbeitseinkommen nicht leben können, sind auf dieses Angebot angewiesen. Die Tafeln wurden vor 15 Jahren in Berlin gegründet. Informationen unter www.tafel.de
Quelle: VER.DI PUBLIK 6-7/2008

Jobcenter. In der Frage der Betreuung von Langzeitarbeitslosen haben sich Bund und Länder darauf geeinigt, das jetzige Modell der Jobcenter beizubehalten. Im Dezember vergangenen Jahres hatte das Bundesverfassungsgericht die Betreuungspraxis der Jobcenter im Rahmen der Hartz-IV-Reformen für verfassungswidrig erklärt. Konkret ging es um die sogenannten Arbeitsgemeinschaften (Arge), die von den Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit gemeinsam getragen werden. Eine solche Mischverwaltung sei im Grundgesetz nicht vorgesehen. Bundesarbeitsminister Olaf Scholz hat sich nun mit seinen Länderkolleginnen und -kollegen darauf verständigt, das bisherige Modell der gemeinsamen Zuständigkeit beizubehalten und hierfür das Grundgesetz entsprechen zu ändern.
Quelle: Sozialverband 8.2008

► Gesundheit

Hilfe bei Sucht im Alter. Suchtkrankheiten treten in allen Schichten und Altersklassen auf. Jedoch sind Suchtproblematiken im Alter in der Suchtkrankenhilfe weitgehend unbeachtet. Deshalb widmet sich die Abteilung für Suchtkrankheiten und Psychotherapie der Rheinischen Kliniken Viersen des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) mit der „Gruppe 60 plus“ älteren Menschen mit Alkohol- und Medikamentenproblemen. Nach Angaben der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen e.V. sind heute etwa 2 % der über 60-Jährigen alkoholabhängig. Zudem sei bei knapp 10 % der Menschen dieser Altersgruppe ein schädlicher Umgang mit Alkohol erkennbar. Ebenso problematisch ist der Gebrauch psychoaktiver Medikamente und Schmerzmittel: Bei 5 bis 10 % dieser Altersgruppe kann von einer Abhängigkeit gesprochen werden. In Deutschland praktizieren damit rund 3,5 Mio. ältere Männer und Frauen einen riskanten Alkoholkonsum; 1 bis 2 Mio. ältere Menschen haben Suchtprobleme mit psychoaktiven Medikamenten. Diese Zahlen machen deutlich, wie notwendig spezielle Hilfe- und Behandlungsangebote für ältere Menschen sind. Abhängigkeiten haben bei ihnen oft psychische Ursachen. Häufig entstehen die seelischen Probleme durch die Abnahme sozialer Kontakte, das Gefühl der „Nutzlosigkeit“, den Verlust des Partners, der Partnerin oder das Gefühl der Einsamkeit. Nach Angaben des Kuratoriums Deutsche Altenhilfe leiden 25 % der über 65-Jährigen an einer geistig-seelischen Erkrankung. So bietet zum Beispiel die „Grup-

pe 60 plus“ an den Rheinischen Kliniken Viersen des LVR dieser Zielgruppe die Möglichkeit, ihre Suchtproblematiken gemeinsam zu bewältigen und sich in angstfreier Atmosphäre auszutauschen. *Quelle: Pressemitteilung des LVR vom 24. Juli 2008*

Europäische Datenbank seltener Krankheiten. Unter seltenen Krankheiten versteht man solche Störungen, an denen eine vergleichsweise kleine Zahl von Menschen leidet. In Europa wird eine Krankheit dann als selten klassifiziert, wenn sie höchstens eine unter 2 000 Personen betrifft. Derzeit gibt es zirka 6 500 solcher Krankheiten. Diese sind ernste chronische Erkrankungen, die oft lebensbedrohlich sind. Viele treten schon kurz nach der Geburt oder in der frühen Kindheit durch erste Symptome auf. Bei über 50 % der Betroffenen manifestiert sich die Erkrankung erst im Erwachsenenalter. Oftmals erleben die Patientinnen und Patienten Schwierigkeiten bei der Diagnosestellung, wenn ihre Krankheit durch den Mangel an wissenschaftlichen und medizinischen Kenntnissen nicht erkannt wird. Auch bei der Vermittlung qualifizierter Facheinrichtungen und der Verfügbarkeit relevanter Informationen herrscht großer Bedarf. Für solche Fälle wurde „orphanet“ entwickelt: Die Internetdatenbank informiert über seltene Krankheiten und Orphan Drugs (Arzneimittel für seltene Krankheiten). Das Portal ist öffentlich in sechs Sprachen zugänglich. Es enthält eine von europäischen Fachleuten verfasste Online-Enzyklopädie sowie ein Verzeichnis von Leistungsangeboten für Betroffene und Fachleute. Information: www.orphanet.de *Quelle: Die BKK 7.2008*

Krankheitskosten im Alter. Im Jahr 2006 entstanden bei der älteren Bevölkerung ab 65 Jahren Krankheitskosten von rund 111,1 Mrd. Euro; damit entfielen 47 % der gesamten Krankheitskosten in Deutschland auf ältere Menschen. Über alle Altersgruppen hinweg summierten sich die Krankheitskosten im Jahr 2006 auf einen Betrag von rund 236 Mrd. Euro. Dazu zählen – bis auf die Investitionen im Gesundheitswesen – sämtliche Gesundheitsausgaben, die unmittelbar mit einer medizinischen Heilbehandlung, einer Präventions-, Rehabilitations- oder Pflegemaßnahme verbunden waren. Für die hohen Krankheitskosten im Alter werden von Fachleuten verschiedene Gründe angeführt, wie zum Beispiel das verstärkte Auftreten von Mehrfacherkrankungen, Pflegebedürftigkeit und die intensivere Inanspruchnahme medizinischer und pharmazeutischer Angebote. Verschiedene Studien weisen zudem darauf hin, dass ein Großteil des Ressourcenverbrauchs im letzten Lebensjahr anfällt, unabhängig vom Lebensalter. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 280/08*

DVSG-Konzept zur Pflegeberatung. Für die Deutsche Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen (DVSG) ist die Beteiligung der Sozialen Arbeit an der Pflegeberatung unerlässlich. Das Pflegeweiterentwicklungsgesetz definiert eine weit über das Sozialgesetzbuch (SGB) XI hinausgehende Beratung und macht damit deutlich, dass eine rein auf Pflegeaspekte reduzierte Fokussierung den komplexen Lebenslagen der betroffenen Menschen nicht gerecht wird. Daher legt die DVSG ein entsprechendes Konzept vor, das alle notwendigen Aspekte einer Pflegeberatung berücksichtigt. Bei der Umsetzung der gesetzlichen Regelungen in Pflegestützpunkten ist aus Sicht der DVSG

eine stärkere Einbindung der Sozialen Arbeit erforderlich, sowohl auf der individuellen Ebene durch qualifizierte psychosoziale Beratung und Begleitung als auch auf Systemebene bei der Vernetzung und dem Fallmanagement. Das Konzept ist unter www.dvsg.org abrufbar. *Quelle: Pressemitteilung der DVSG vom 31. Juli 2008*

► Jugend und Familie

Orientierung bei der Suche nach Fördermöglichkeiten.

Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe können ab sofort unter www.jugendhilfeportal.de gezielt nach Fördermöglichkeiten und Wegen zur Finanzierung von Projektideen suchen, denn diese Internetseite eröffnet das Angebot, detailliert über Finanzierungsmöglichkeiten für Projekte, Aktionen und Maßnahmen zu recherchieren. Zusätzlich werden Hinweise auf aktuelle Ausschreibungen und Wettbewerbe gegeben, die der materiellen Unterstützung von Projekten und Aktionen förderlich sind. Das europäische Informationsnetzwerk Eurodesk ergänzt dieses Angebot um eine monatliche Zusammenstellung von Ausschreibungen im Bereich Internationale Jugendarbeit und Europa. *Quelle: Presseinformation der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe vom 18. Juli 2008*

Zukunftsfähigkeit von Kindertageseinrichtungen.

In einer aktuellen Stellungnahme kritisiert das Bundesjugendkuratorium (BJK) die deutliche Kluft zwischen den Anforderungen an Kindertageseinrichtungen und den zur Verfügung gestellten Finanzmitteln. Die zentrale Herausforderung an Kindertageseinrichtungen sieht das BJK in der Herstellung von Chancengerechtigkeit. Es fordert eine differenzierte Finanzierung der Tageseinrichtungen, um dem kompensatorischen Förderbedarf der Kinder gerecht zu werden. Mehr Informationen sind unter www.bundesjugendkuratorium.de zu finden. *Quelle: Mitteilung des Deutschen Jugendinstituts vom 6. August 2008*

Kindeswohl und Kinderrechte. Orientierungen und Impulse aus der UN-Kinderrechtskonvention. Von Jörg Maywald und Reinald Eichholz. Hrsg. AFET Bundesverband für Erziehungshilfe e.V. Selbstverlag. Hannover 2007, EUR 30,- *DZI-D-8304*

Diese Expertise beleuchtet das Wohl von Kindern unter rechtlichen und pädagogischen Aspekten. Im ersten Teil der Arbeit wird die Bedeutung des Kindeswohls als Leitbild im Bereich der Jugendhilfe dargestellt. Die Autoren beschreiben sowohl die historische Entwicklung der Kinderrechte als auch die Verankerung des Kindeswohls im deutschen Recht, in der UN-Kinderrechtskonvention und in der EU-Grundrechtecharta. Der zweite Teil der Studie beschäftigt sich mit der rechtlichen Sicherung des Kindeswohls und den damit verbundenen Aufgaben für die Rechtsordnung und die politische und fachliche Praxis. Bestelladresse: AFET-Bundesverband für Erziehungshilfe e.V., Osterstraße 27, 30159 Hannover, Tel.: 05 11/35 39 91-40, Fax: 05 11/35 39 91-50, E-Mail: rheinlaender@afet-ev.de

Familienzentren. Der PARITÄTISCHE Sachsen e.V. erweitert sein Beratungsangebot für Kindertageseinrichtungen. Die veränderten gesellschaftlichen Anforderungen an Familien machen es notwendig, dass sich Kindertagesstätten mehr denn je als Anlaufpunkt für die ganze Familie verstehen. So wird der Verband in einem eigens dafür entwi-

ckelten Projekt diejenigen Einrichtungen beraten, die sich auf den Weg von der herkömmlichen Kita zum Familienzentrum machen wollen. Vorbild dafür sind die englischen Early Excellence Centres, in denen nicht nur das einzelne Kind einen Platz in der Einrichtung hat, sondern die gesamte Familie willkommen ist. Das veränderte Profil der Einrichtungen soll zudem die Familien ansprechen, die aufgrund ihrer Lebenslage einen besonderen Unterstützungsbedarf haben. *Quelle: Pressemitteilung des PARITÄTISCHEN Sachsen vom 23. Juli 2008*

Kinder- und Jugendpolitik, Kinder- und Jugendhilfe in der Bundesrepublik Deutschland.

Strukturen – Institutionen – Organisationen. Von Stefan Becsky und anderen. Hrsg. IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. Selbstverlag. Bonn 2007, 798 S., EUR 15,00 *DZI-D-8352*

Dieses Handbuch gibt einen Überblick über die kinder- und jugendrelevanten Gesetze in Deutschland sowie die jugendpolitischen Strukturen, Ziele und Maßnahmen des Bundesjugendministeriums und anderer Bundesministerien. In einem Nachschlageteil werden über 400 bundesweit arbeitende Verbände, Institutionen und Facheinrichtungen mit ihren jeweiligen Tätigkeitsfeldern und Mitgliedsorganisationen vorgestellt. Damit soll die Arbeit von Fachkräften der Jugendpolitik, Kinder- und Jugendhilfe und Jugendarbeit unterstützt und ein Beitrag für die internationale Zusammenarbeit in den genannten Bereichen geleistet werden.

► Ausbildung und Beruf

Studienförderung.

Die Hans-Böckler-Stiftung vergibt mehr Stipendien für Fachhochschulstudierende als jedes andere Begabtenwerk. Von den zurzeit 1570 Böckler-Stipendiatinnen und Stipendiaten – ohne Promotion – sind 411 Fachhochschulstudierende. Das entspricht in etwa der Verteilung aller Studierenden auf Universitäten und Fachhochschulen (4:1). Bei den meisten anderen der insgesamt elf offiziellen Förderwerke sind Studierende an Fachhochschulen deutlich unterrepräsentiert. So unterstützt die größte Geberin, die Studienstiftung des deutschen Volkes, mehr als zwanzigmal so viele Studierende an Universitäten wie an Fachhochschulen (20:1). Die Hans-Böckler-Stiftung hat bereits im Jahr 1984 Studierende an Fachhochschulen in ihr Förderprogramm aufgenommen, während sich die meisten anderen Förderwerke erst in den 1990er-Jahren dafür öffneten, also zwanzig Jahre nach Einführung der Fachhochschulen. Insgesamt werden von den gegenwärtig knapp 2 Mio. Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen rund 17 000 als hochbegabt gefördert. Die Stipendien stammen aus Mitteln des Bundesbildungsministeriums und müssen im Gegensatz zu den Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz bei erfolgreichem Berufseinstieg nicht zurückerstattet werden. *Quelle: Mitbestimmung 7-8.2008*

Hebammenausbildung auch an Hochschulen.

Die Bundesländer verlangen erweiterte Möglichkeiten bei der Berufsausbildung von Hebammen, Logopäden, Physio- und Ergotherapeuten. Der Bundesrat hat dazu einen Gesetzesentwurf (16/9898) zur Einführung von Modellklauseln in die entsprechenden Berufsgesetze vorgelegt. Danach können die Bundesländer außer an staatlich anerkannten

Tagungskalender

Schulen an Krankenhäusern Ausbildungen beispielsweise auch an Hochschulen anbieten. Modellerfahrungen von Bund und Ländern sollen als Grundlage für die Weiterentwicklung der Berufsgesetze dienen. Diese ist insbesondere deshalb erforderlich, um die Ausbildungen zu den erwähnten Berufen im europäischen Vergleich wettbewerbsfähig zu machen. *Quelle: Das Parlament 32.2008*

Jahrbuch Heilpädagogik 2007. Thema Bildung – ein Wegweiser zum Wesentlichen der Heilpädagogik. Hrsg. Fachbereichstag Heilpädagogik. BHP-Verlag. Berlin 2007, 168 S., EUR 14,- *DZI-D-8270*

Das siebte Jahrbuch, das von den im Fachbereichstag Heilpädagogik zusammengeschlossenen Fachhochschulen herausgegeben wird, befasst sich mit dem Thema Bildung, dessen Präsenz in der heilpädagogischen Fachdiskussion verstärkt werden soll. In den einzelnen Beiträgen geht es um den Stellenwert des Bildungsbegriffs in der Heilpädagogik, um das sonderpädagogische Mitwirken im Bereich der Schule und um Möglichkeiten der Persönlichkeits- und Kompetenzbildung im Rahmen der Berufsqualifizierung. Es wird aufgezeigt, dass die Kollegien der Studiengänge Heilpädagogik an den deutschen Hochschulen im Prozess der Auseinandersetzung um eine grundsätzliche Neuorientierung stehen. Bestelladresse: Berufs- und Fachverband Heilpädagogik e.V., Bundesgeschäftsstelle, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50 60, E-Mail: info@bhvverlag.de

Weiterbildungsangebote in Luzern. Die Hochschule Luzern – Soziale Arbeit bietet ab dem Wintersemester 2008/2009 neue Weiterbildungsstudien an, und zwar einen Master Arbeitsintegration, das Diploma of Advanced Studies Case Management, das Certificate of Advanced Studies Job-Coaching-Supported Employment und das Certificate of Advanced Studies Soziale Arbeit in der Schule. Information: Hochschule Luzern – Soziale Arbeit, www.weiterbildung.hslu.ch/sozialearbeit

15.-16.10.2008 Berlin. Fachtagung: Kinder in Deutschland. Eine Bilanz empirischer Studien. Information: Deutsches Jugendinstitut e.V., Referat für Öffentlichkeitsarbeit, Nockherstraße 2, 81541, Tel.: 089/623 06-244, E-Mail: weber@dji.de

22.10.2008 Düsseldorf. Fachtagung: Mediation in Adoptiv- und Pflegefamilien. Information: Evangelischer Verein für Adoptions- und Pflegekindervermittlung Rheinland e.V., Einbrunger Straße 66, 40489 Düsseldorf, Tel.: 02 11/40 87 95-0, Fax: 02 11/40 87 95-26

24.-25.10.2008 Dillingen. Fachtagung: Schule und Bürgerengagement. Bildung gemeinsam gestalten. Information: Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern, Gostenhofer Hauptstraße 63, 90443 Nürnberg, Tel.: 09 11/27 29 98 21, Internet: www.wir-fuer-uns.de

30.10.2008 Ulm. Fachforum „ZivilEngagement und Bürgergesellschaft. Zwischen Gemeinwohl und Wirtschaftlichkeit. Information: Caritas Ulm, Baldingerweg 4, 89073 Ulm, Tel. 07 31/140 18 44, E-Mail: lencz@caritas-ulm.de

3.-4.11.2008 Bonn. Seminar: Führen, Leiten und Begleiten – Kompetenzentwicklung für Führungskräfte in Suchteinrichtungen. Information Fachverband Sucht e.V., Walramstraße 3, 53175 Bonn, Tel.: 02 28/26 15 55, E-Mail: service@sucht.de

5.-6.11.2008 Kassel. Fachtagung: „Ich will einmal einen Job haben – eine gute, feste Arbeit“. Übergänge von der Schule in den Beruf schaffen. Information: Evangelischer Erziehungsverband e.V. (EREV), Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81-11, E-Mail: c.schaper@erev.de

10.-12.11.2008 Bielefeld. DHS-Fachkonferenz SUCHT: Sucht, Abhängigkeit, exzessives Verhalten – Zustände und Zuständigkeiten. Information: Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Westenwall 4, 59065 Hamm, Tel.: 023 81/ 90 15-0, E-Mail: info@dhs.de

13.-14.11.2008 Luzern/Schweiz. Internationaler Kongress: Rescaling of Social Welfare Policies 2005-2008. Information: Hochschule Luzern, Soziale Arbeit. Internet: www.hslu.ch/veranstaltungen-sozialearbeit

14.-15.11.2008 Merseburg. Fachtagung: Mindestens sieben Möglichkeiten – die Vielfalt systemischer Sozialarbeit. Information: Hochschule Merseburg, Fachbereich Soziale Arbeit. Medien.Kultur, Geusaer Straße, 06217 Merseburg, Tel.: 034 61/46-2231, E-Mail: johannes@herwig-lempp.de